

STADT FRIEDRICHSHAFEN		Ausfertigungen:	
Sitzungsvorlage		Haupt- und Personalamt, DEZ1, DEZ2, DEZ3, DEZ4, RPA, STP	
Drucksache-Nr. 2015 / V 00291/1		28.01.2016, Unterschrift:	
Dienststelle: Haupt- und Personalamt			
Aktenzeichen: HPA-PD Kr/Th			
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen):			
		<input checked="" type="checkbox"/> STP	_____
<input checked="" type="checkbox"/> BM Krezer	_____	<input type="checkbox"/> EBM Dr. Köhler	_____
<input type="checkbox"/> BM Köster	_____	<input checked="" type="checkbox"/> Oberbürgermeister	_____

Betreff: Stellenplan 2016 / 2017 der Stadtverwaltung und der Zeppelin-Stiftung				
Anlage 1 Anträge der Fraktionen zum Stellenplan 2016 / 2017				
Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens 1 Arbeitstag vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.				
<input type="checkbox"/> MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	<input type="checkbox"/> .pdf-, htm- Dateien	<input type="checkbox"/> DVD	<input type="checkbox"/> Video (VHS)	<input type="checkbox"/> Folien (ungeeignet)

Referent und Zeitdauer: Herr Gerald Kratzert, Zeitdauer: 20 Minuten
--

Gremium:	Datum:	Zuständigkeit:	Öffentlichkeitsstatus:
Finanz- und Verwaltungsausschuss	15.02.2016	Vorberatung	nichtöffentlich
Technischer Ausschuss	16.02.2016	Vorberatung	nichtöffentlich
Kultur- und Sozialausschuss	17.02.2016	Vorberatung	nichtöffentlich
Ortschaftsrat Ailingen	17.02.2016	Vorberatung	nichtöffentlich
Ortschaftsrat Ettenkirch	17.02.2016	Vorberatung	nichtöffentlich
Ortschaftsrat Raderach	17.02.2016	Vorberatung	nichtöffentlich
Ortschaftsrat Kluftern	18.02.2016	Vorberatung	nichtöffentlich
Gemeinderat	29.02.2016	Beschluss	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.):

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN ja nein

Kosten: einmalige Kosten Betrag:
 jährliche Folgekosten: Personalkosten Betrag:
Sachkosten Betrag: EUR

Zuschüsse einmalige Einnahme(n) Betrag: EUR
bzw.
Beiträge: laufende (jährlich) Betrag: EUR

MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:

Städt. Haushalt VWH VMH Fipo:
 Stiftungs-Haushalt VWH VMH Fipo:

Zur Verfügung stehende Mittel

(Planansatz und Haushaltsausgaberest lfd. Jahr):

Noch bereitzustellen:

Deckungsvorschlag:

Beschlussantrag:

Der Stellenplan wird entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung (siehe SV 2015 / V 00291) als Bestandteil in Haushaltsplan 2016/ 2017 aufgenommen; ggf. mit folgenden Änderungen / Ergänzungen:

I. Anträge der Fraktionen**1.) Antrag von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, der Fraktion Freie Wähler sowie der SPD Fraktion (S 16, S 21 und S 51) 1,0 Stelle AUN**

Die Stelle wird im Stellenplan 2016 / 2017 im UA 1200 geschaffen und nach A 11 ausgewiesen. Vor Besetzung der Stelle ist die organisatorische Zuordnung der Aufgaben und auch der Stelle zu klären.

2.) Antrag der Fraktion Freie Wähler (S 17) 1,0 Stelle Demografie-Beauftragter

Der Antrag wurde zurückgezogen Die Stelle eines/einer Demografie-Beauftragten wird nicht geschaffen.

3.) Anträge der Fraktionen Freie Wähler, FDP und SPD (S 19, S 31 und S 44) 1,0 Stelle Jugendforum / Jugendbeteiligung

Die 0,5-Stelle der Entgeltgruppe S 11 wird im UA 2000 geschaffen. Die Stelle ist im Teil D auszuweisen. Im zweiten Jahr erfolgt eine Evaluation, die Entscheidungsgrundlage für einen ggf. dauerhaft zu schaffenden Stellenanteil ist.

4.) Antrag der Fraktion Freie Wähler (S 23) 0,5 Stelle Controlling DIII

Die 0,5-Stelle in A 10 wird im UA 0003 geschaffen.

- 5.) Antrag der Fraktion Freie Wähler (S 24) 2,0 Stellen Integration in Kindertagesstätten und 2,0 Stellen Integration junger Erwachsener**
Die 2,0 Stellen der Entgeltgruppe S 8a sowie weitere 2,0 Stellen der Entgeltgruppe S 11 werden im UA 4983 geschaffen.
- 6.) Antrag der FDP-Fraktion (S 32) 0,5 Stellen Kontrolle des Radverkehrs**
Im UA 0230 wird **keine** entsprechende Stelle geschaffen.
- 7.) Antrag der SPD-Fraktion (S 49) Rad-Beauftragter**
Es wird ein/e Rad-Beauftragte/r benannt.
- 8.) Antrag der SPD-Fraktion (S 50) 1,0 Stelle Mobilitäts-Beauftragter**
Die Stelle eines/einer Mobilitätsbeauftragten wird **nicht** geschaffen.

II. Anträge der Verwaltung

- 1. Hausmeisterstelle in Kluffern**
Der Stellenanteil von 0,1 der Entgeltgruppe 5 wird in den UA 2115, 7671 und 5617 geschaffen.
- 2. Sachbearbeiterstellen im BSU, Abteilung Ausländeramt**
Die 2,5 Stellen der Entgeltgruppe 8 sowie die 1,0 Stelle in A 11 werden im UA 4983 geschaffen.
- 3. Sachbearbeiterstelle im BSU, Ortspolizeibehörde**
Die 1,0 Stelle in Entgeltgruppe 9 wird im UA 4983 geschaffen.
- 4. Stellenschaffungen im DIV für die Schaffung von Wohnraum**
Die 1,0 Stelle in der Entgeltgruppe 10, der Stellenanteil von 0,5 in der Entgeltgruppe 8 sowie der Stellenanteil von 0,5 in der Entgeltgruppe 11 werden im UA 4983 geschaffen.
- 5. Stellenschaffungen im DIII**
Die 1,0 Stelle der Entgeltgruppe 8 sowie die 1,0 Stelle der Entgeltgruppe 10 werden im UA 4983 geschaffen.

Stellenplan 2016 / 2017 der Stadtverwaltung und der Zeppelin Stiftung

Zum Inhalt des Stellenplans wird auf die Sitzungsvorlage 2015 / V 00291 verwiesen.

Stellenplan der Stadtverwaltung

I. Anträge der Fraktionen

Zum Entwurf des Stellenplans 2016 / 2017 gingen Anträge der Fraktionen ein, die in dieser Sitzungsvorlage von der Verwaltung erläutert und mit einem entsprechenden Verwaltungsvorschlag bewertet werden

1. Stellenschaffung im Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt, Abteilung Umwelt und Naturschutz
Antrag von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Fraktion Freie Wähler sowie der SPD Fraktion

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (S 16)

„Bündnis 90 / Die Grünen beantragen die Schaffung einer 100-Prozent Stelle für die Abteilung Umwelt und Naturschutz im Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt“

Antrag der Fraktion Freie Wähler (S 21)

„Antrag auf Einstellung eines Öko-Managers“

„Wir erwarten zu prüfen, ob innerhalb der Verwaltung eine Stellenverschiebung stattfinden kann – beispielsweise durch nicht besetzte Stellen im DIV aufgrund ausbleibender Bewerbungen.“

„Die derzeitige Ämterstruktur ist zu prüfen. Ist beim Amt für Umweltschutz / Stadtplanungsamt eine enge Zusammenarbeit über zwei verschiedene Dezernate sinnvoll?“

„Sollte es nicht möglich sein, durch Stellenkompensation oder Verschiebung innerhalb der Verwaltung das Amt für Umwelt- und Naturschutz aufzustocken, empfehlen wir, eine neue 100 % Stelle zu schaffen.“

Antrag der SPD Fraktion (S 51)

„Antrag auf eine Personalstelle (100 %) für Umwelt-Monitoring im Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt“

Beschlussantrag

„Die Verwaltung wird beauftragt, im Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt zur Gewährleistung von zunehmenden Umwelt-Monitoring-Aufgaben eine zusätzliche Stelle (100 %) zu schaffen.“

Hinweis der Verwaltung

Die Stelle wäre im UA 1200 auszuweisen und voraussichtlich der Besoldungsgruppe A 11 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 69.987 €.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Die Stelle wird in den Stellenplan aufgenommen. Vor Besetzung der Stelle ist die organisatorische Zuordnung der Aufgaben und auch der Stelle zu klären.

2. Demografie-Beauftragter bei der Stadt Friedrichshafen
Antrag der Fraktion Freie Wähler

Antrag der Fraktion Freie Wähler (S 17)

„Die FW beantragen eine Vollzeitstelle als „Demografie-Beauftragten“, welcher / welche den Themenkomplex dezernatsübergreifend abdeckt und in die jeweiligen Entscheidungen mit einbringt. Bei entsprechenden Fragestellungen sollen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt FN aktiv mit einbezogen werden.“

Der Antrag wurde zurückgezogen.

3. Jugendförderung / Jugendbeteiligung bei der Stadt Friedrichshafen
Anträge der Fraktionen Freie Wähler, FDP und SPD

Antrag der Fraktion Freie Wähler (S 19)

„Die FW beantragen, die zur Umsetzung der neuen Struktur für das Jugendforum / Jugendbeteiligung vorgesehene 50%-Personalstelle als „Fachstelle Jugendbegleitung“ auf 100 % zu erhöhen.“

Antrag der FDP-Fraktion (S 31)

„Einrichtung einer Vollzeitstelle für Jugendbeteiligung und Betreuung des Jugendforums“

Antrag der SPD-Fraktion (S 44)

„Antrag auf eine Personalstelle (100 %) für den Aufbau und die Begleitung der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadt Friedrichshafen gemäß § 41 GemO.“

Beschlussantrag

a) Personalstelle

Die Stadt schafft die Rahmenbedingungen für eine gelingende Jugendbeteiligung und stellt dafür eine ganze Personalstelle (100 %) bereit.
Die Stelle soll in diesem Umfang zunächst auf zwei Jahre befristet sein und im zweiten Jahr evaluiert werden.

b) „

Hinweis der Verwaltung

Die Aufstockung wird aus Sicht der Verwaltung befürwortet. Das BFS wäre bereit gewesen, die Aufgabe zunächst mit einer 50 % - Stelle anzugehen, zumal der tatsächliche Aufwand hier noch nicht beziffert werden kann. In der Folge wäre dann auch eine Nachsteuerung möglich gewesen. Eine Vollzeitstelle von Beginn an gewährleistet aber auch eine professionelle Begleitung und Unterstützung der Jugendlichen und damit eine zukünftig gute und nachhaltige Jugendbeteiligung in Friedrichshafen.

Dem Vorschlag der SPD-Fraktion kann daher dahingehend zugestimmt werden, dass die Stelle zunächst für zwei Jahre befristet wird und im zweiten Jahr eine Aufgabenevaluierung stattfindet.

Der Stellenanteil von 0,5 wäre im UA 2000 auszuweisen und in den Teil D, Entgeltgruppe S 11, aufzunehmen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 27.989 €.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Der zusätzliche Stellenanteil von 0,5 wird in den Teil D des Stellenplans aufgenommen. Im zweiten Jahr erfolgt eine Evaluation bevor über die dauerhafte Schaffung dieses Stellenanteils entschieden wird.

4. Antrag auf 50 % - Stelle für Controlling im Dezernat III

Antrag der Fraktion Freie Wähler

Antrag der Fraktion Freie Wähler (S 23)

„Die FW beantragen für das Dezernat III eine halbe Stelle für das Thema Controlling einzurichten, um der zunehmenden Aufgaben- und Ausgabenvielfalt gerecht zu werden und die vorhandenen Ressourcen möglichst effizient einzusetzen.“

Hinweis der Verwaltung

Der Antrag der Freien Wähler auf die Einrichtung einer 50%-Stelle für Controlling im DIII wird befürwortet. Die Verwaltung schließt sich der im Antrag formulierten Begründung an, dass angesichts der Aufgabenvielfalt und –vielschichtigkeit im DIII es zur Steuerung einer Person bedarf, die das einschlägige Instrumentarium eines verwaltungsinterne Controllings beherrscht. Es sollen so zum Beispiel Programme und Projekte mittels einer Kosten-Nutzen-Analyse auf ihre Effizienz hin geprüft werden.

Vor allem zur strategischen Ausrichtung des DIII mit seiner großen Außenwirkung und seinen vielen Bürgerkontakten würde eine solche Stelle eine große Unterstützung sein.

Die Stelle wäre im UA 0003 auszuweisen und voraussichtlich der Besoldungsgruppe A 10 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 31.838 €.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Die 0,5-Stelle wird in den Stellenplan aufgenommen. Die ämterübergreifende Aufgabe sollte der Stabsstelle zugeordnet werden.

5. Stellenschaffungen zum Themenfeld Asyl

Antrag der Fraktion Freie Wähler

Antrag der Fraktion Freie Wähler (S 24)

„Die FW beantragen vor dem Hintergrund der anstehenden Aufgaben im Rahmen der Integration sowie steigender Flüchtlingszahlen die zügige Einrichtung von vier Vollzeitstellen. Davon 2 Stellen für den Bereich Integration in Kindertagesstätten und Schulen und weitere 2 Stellen für die gesellschaftliche und berufliche Integration insbesondere junger Erwachsener.“

Hinweis der Verwaltung

Die Verwaltung befürwortet den Antrag der Freien Wähler auf die Einrichtung von 2 Stellen für die Integration in Kindertagesstätten und Schulen sowie 2 Stellen für die gesellschaftliche und berufliche Integration, insbesondere junger Erwachsener.

Zwei Stellen für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen sind vor allem im Sinne der Alltagsbegleitung wichtig. Von fachlich entsprechend

erfahrenem Personal sollten Erzieherinnen, Lehrer und auch Schulsozialarbeiter und Familien bei ihrer Integration in unsere Stadtgesellschaft unterstützt werden.

Die zwei Stellen für berufliche und gesellschaftliche Integration, insbesondere junger Erwachsener, müssen auch in Rücksprache mit dem Landratsamt so konzipiert sein, dass hier keine Doppelstrukturen (etwa Jobcenter) aufgebaut werden. Die Fachkräfte sollen die Flüchtlinge vor allem sozialraumorientiert im Alltag, unter Berücksichtigung und Einbeziehung der bereits bestehenden Netzwerke, begleiten.

Wir schlagen vor, diese vier Stellen in ein Gesamtkonzept Personal rund um die Themen Flüchtlinge und Integration einzubinden. Näheres s. unter II.

Die Stellen wären im UA 4983 auszuweisen und voraussichtlich der Entgeltgruppe S 8a bzw. S 11 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 2x 50.679 (= S 6; Wert für S8a steht noch nicht zur Verfügung) und 2x 55.979 insgesamt 213.317 €.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Die Stellen werden in den Stellenplan aufgenommen.

6. 50 % -Stelle für die Kontrolle des Radverkehrs in Friedrichshafen
Antrag der FDP-Fraktion

Antrag der FDP-Fraktion (S 32)

„Zuweisung einer halben Personalstelle für die Kontrolle des Radverkehrs in Friedrichshafen.

Um die Sicherheit im Straßenverkehr bei zunehmendem Radverkehr aufrecht zu erhalten, beantragt die FDP, dass eine Kontrolle des Radverkehrs im Sinne der Straßenverkehrsordnung etabliert wird, die auch aufklärend tätig sein soll. Dies kann z.B. durch eine „Fahrradstreife“ durch das Ordnungsamt umgesetzt werden.

Eine Verbesserung der Aufklärung im Radverkehr ist unter anderem auch im Hinblick auf das Zusammenspiel von Fahrrädern und „Pedelecs“ sinnvoll und notwendig.

Die FDP beantragt daher, dass die Außendienststelle im Dezernat 2 (UA0230) zur Hälfte zur Fahrradkontrolle genutzt wird.“

Hinweis der Verwaltung:

§ 31 Abs. 2 Durchführungsverordnung Polizeigesetz BW enthält einen Katalog von polizeilichen Zuständigkeiten, der auf den gemeindlichen Vollzugsdienst übertragen werden können.

Hauptaufgabe des GVD ist die Kontrolle des ruhenden Verkehrs. Aus dem Bereich des fließenden Verkehrs ist dem GVD nur die Kontrolle von Durchfahrts- und Verkehrsverboten in Fußgängerzonen, verkehrsberuhigten Bereichen und auf Sonderwegen gestattet. Der GVD kann daher nur den Radverkehr auf Straßen und Wegen, auf denen Radverkehr gänzlich verboten ist, kontrollieren. Für die Kontrolle und Ahndung aller übrigen Verstöße (Rotlicht, Haltelinien, Einbiegen, Beleuchtung) hat der GVD weder ein Anhalterecht noch eine Zuständigkeit, Verwarnungen zu erteilen. Diese Kontrollen liegen allein in der Zuständigkeit der Polizei.

Es ist geplant, die Polizei künftig bei deren Schwerpunktkontrollen durch Mitarbeiter des GVD zu unterstützen. Mangels eigener Zuständigkeit ist die Einrichtung einer Planstelle hierfür bei der Stadt nicht sinnvoll.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Es sollte keine entsprechende Stelle geschaffen werden.

7. Rad-Beauftragter für den Arbeitskreis Rad Antrag der SPD-Fraktion
--

Antrag der SPD-Fraktion (S 49)

„Es soll durch interne Umschichtungen und klare Benennung ein Rad-Beauftragter für den AK Rad (also keine zusätzliche neue Stelle) geschaffen werden.“

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Es wird ein/e Rad-Beauftragte/r benannt.

8. „Mobilitäts-Beauftragter“ Antrag der SPD-Fraktion
--

Antrag der SPD-Fraktion (S 50)

„Antrag auf Schaffung einer Personalstelle „Mobilitäts-Beauftragter“ in der Verwaltung“

Hinweis der Verwaltung

Die Stelle wäre im UA 1100 auszuweisen und voraussichtlich der Entgeltgruppe 10 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 69.479 €.

Es wird vorgeschlagen, dass die Stadt Gespräche mit dem Stadtwerk am See aufnimmt, wie das Thema Mobilität und die Vernetzung der Themen von dort abgedeckt werden können. Bei Bedarf könnte das Stadtwerk am See eingeladen werden, im Ausschuss für Umwelt und Nachhaltigkeit jährlich zu berichten.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Das Thema „Mobilität“ wird im Rahmen der bestehenden Strukturen bearbeitet. Es soll dafür keine zusätzliche Stelle geschaffen werden.

II. Anträge der Verwaltung

Neben den Anträgen aus den Fraktionen sind nachträglich auch noch Anträge aus der Verwaltung erforderlich geworden. Aufgrund geänderter Rahmenbedingungen und insbesondere durch die Entwicklung im Bereich der Flüchtlings- und Asylthematik sind weitere Stellenbedarfe entstanden.

1. Hausmeisterstelle in Kluftern

Mit Einbringung des Stellenplanentwurfes wurde bereits ein Stellenanteil von 0,65 in EG 5 für die Hausmeisterstelle in Kluftern beantragt. Da sich aber nun aufgrund des

Baufortschritts der Brunnisachhalle die Aufgaben der Hausmeisterstelle immer mehr klären, ist es erforderlich, den zu schaffenden Stellenanteil um 0,1 aufzustocken. Durch die Komplexität der technischen Anlagen (Heizung, Elektrik, Tribüne, Sanitär etc.) ist die Anwesenheit des Hausmeisters bei Veranstaltungen stundenmäßig deutlich höher anzusetzen, als bisher angenommen. Mit bereits vorhandenen Stellenanteilen könnte dann insgesamt eine 1,0-Stelle besetzt werden. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 5.727 €.

Beschlussempfehlung der Verwaltung

Der Stellenanteil von 0,1 wird in den Stellenplan aufgenommen.

Geflüchtete Menschen:

Ursprünglich war vorgesehen, dass die Verwaltung ihre Personal- und Sachmehrungen daran koppelt, dass das Land seine Ankündigung umsetzt, die Kommunen über eine Pro-Kopf-Pauschale deutlich zu entlasten, damit die Integration der geflüchteten Menschen vor Ort gelingen kann.

Bis zum heutigen Tag bleibt die Zuweisung des Landes aus. Vor dem Hintergrund, dass bei einer bewilligten Stellenmehrung aufgrund des Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahrens sowie etwaiger Kündigungsfristen Stellen im besten Falle im Sommer 2016 besetzt werden können, sehen wir jetzt, unabhängig von der Mittelzuweisung durch das Land, Handlungsbedarf.

Bei unserer Stellenbemessung verweisen wir darauf, dass wir uns in unserer Kalkulation auf die bis Ende 2016 prognostizierten Zahlen stützen. Hier rechnen wir in Friedrichshafen neu mit rund 1.750 Flüchtlingen sowohl in Zuständigkeit des Kreises als auch der Stadt, in Immenstaad, für das das BSU ausländerrechtlich ebenfalls zuständig ist, mit 189 Flüchtlingen. 2015 kamen 638 Flüchtlinge, für die die Stadt ausländerrechtlich zuständig ist.

Wir machen für Friedrichshafen hier bewusst keine Unterscheidung zwischen Flüchtlingen in Zuständigkeit des Landkreises und solche in Zuständigkeit der Stadt, da wir uns vor allem für das Thema Integration in der Verantwortung für alle sehen, auch im Hinblick auf den sozialen Frieden.

Der aufgrund der Flüchtlingsproblematik entstehende Aufwand und der daraus resultierende Personalbedarf, lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum seriös ermitteln. Es ist deshalb einerseits „auf Sicht“ zu fahren, auf der anderen Seite aber die Spielräume zu schaffen, um kurzfristig auf neue Situationen reagieren zu können.

Die Situation erfordert schnelles und konsequentes Handeln. Folgende Bedarfe sind aus heutiger Sicht für das Jahr 2016 absehbar:

2. Stellenschaffung BSU, Abteilung Ausländeramt
--

Die Anzahl der durch das Sachgebiet Ausländeramt zu betreuenden Ausländer ist von 9.626 am 31.12.2013 auf bislang 10.530 Ausländer (Stand 28.12.2015) gestiegen. Hiervon sind 638 Ausländer sogenannte Flüchtlinge (im Besitz einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung). Der Landkreis plant derzeit mehrere Gemeinschaftsunterkünfte in Friedrichshafen und

Immenstaad.

Derzeit werden für die ausländerrechtliche Sachbearbeitung 6,4 Stellen eingesetzt. Aufgrund der oben geschilderten derzeitigen Situation und der in absehbarer Zeit steigenden Zahlen wird die Schaffung von Stellen als dringend notwendig erachtet.

Nach der aktuellen Einschätzung werden zunächst (bis Ende 2016) weitere 2,5 Sachbearbeiterstellen benötigt. Die Stellen wären im UA 4983 auszuweisen und voraussichtlich der Entgeltgruppe 8 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 128.697€.

Mit steigenden Fallzahlen steigen auch die Fälle mit höherer Verwaltungstätigkeit wie Ausweisungen und der damit verbundenen Widerspruchs- und Klageverfahren. Aufgrund der aktuellen Entwicklung zum Thema Ausweisung von straffälligen Ausländern ist mit einer Verschärfung des Ausweisungsrechts zu rechnen. Angesichts der Komplexität eines Ausweisungsverfahrens, ist eine Ausweisung mit einem enormen Zeitaufwand verbunden. Die Bearbeitung kann in diesen Fällen erfahrungsgemäß, abhängig von der Schwere der Straftat und dem Umfang der durchzuführenden Ermessenserwägungen, auch mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Nach der aktuellen Einschätzung wird hierfür im UA 4983 eine Stelle im gehobenen Dienst in A10/A11 benötigt. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 69.987€.

3. Stellenschaffung BSU, Sachbearbeitung Ortspolizeibehörde

Im Bereich der Unterbringung Obdachloser, ist neben der steigenden Zahl an Einweisungen obdachloser Menschen, seit dem Jahr 2014 die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu bewältigen.

Bis zum 18.12.2015 wurden 184 Asylbewerber und Flüchtlinge im Rahmen der sogenannten Anschlussunterbringung vom Landratsamt an die Stadt zugewiesen und in Unterkünfte polizeirechtlich eingewiesen. Für das Jahr 2016 ist mit einer deutlichen Zunahme der Zuweisungen zu rechnen. Derzeit stehen für die Sachbearbeitung etwa 1,6 Stellenanteile zur Verfügung. Aufgrund der enorm ansteigenden Fallzahlen werden weitere Stellenanteile dringend notwendig; die dann anstehenden Aufgaben können mit dem derzeit vorhandenen Personal nicht bewältigt werden.

Insgesamt sind (Stand 18.12.2015) 343 Personen untergebracht.

Nach der aktuellen Einschätzung wird hierfür im UA 4983 zunächst eine 1,0 Sachbearbeiterstelle in EG 9 benötigt. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 59.779 €.

4. Stellenschaffung im DIV für die Schaffung von Wohnraum

Insbesondere der Bereich Wohnraumschaffung muss konzeptionell noch weiterentwickelt werden. Nach der derzeitigen Einschätzung werden im Rahmen der Flüchtlingsproblematik im DIV kurzfristig insbesondere in den Bereichen AVL und PL insgesamt 2,0 Stellen für die Schaffung von Wohnraum benötigt.

Die Stellen wären im UA 4983 auszuweisen. Eine Stelle wäre voraussichtlich der Entgeltgruppe 10 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 69.479 €.

Eine 0,5 Stelle wäre voraussichtlich der Entgeltgruppe 8 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 25.739 €.
Eine 0,5 Stelle wäre voraussichtlich der Entgeltgruppe 11 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 37.939 €.

5. Stellenschaffung im DIII

Die Verwaltung befürwortet den Antrag der Freien Wähler (s.o. unter I Nr. 5) und beantragt selbst über die vier im Antrag beschriebenen Stellen zwei weitere Stellen.

Und zwar eine Stelle, die im Rahmen eines Gesamtkonzepts noch näher zu beschreiben ist und das Thema Integration mitbegleitet, sowie eine Sacharbeiter/Sekretariats-Stelle, die im Rahmen der vielen im DIII anfallenden Aufgaben rund um das Thema Flüchtlinge eingesetzt werden kann.

Die Stellen wären im UA 4983 auszuweisen. Eine Stelle wäre voraussichtlich der Entgeltgruppe 10 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 69.479 €.
Eine Stelle wäre voraussichtlich der Entgeltgruppe 6 oder 8 zuzuordnen. Jährliche Personalkosten lt. KGST: 51.479 €.

Ob und in welchem Umfang die vorgeschlagenen Stellen auf Dauer erforderlich sind oder nach einer gewissen Zeit bei Normalisierung der Lage wieder abgebaut werden können, ist nicht einschätzbar. Wir schlagen dennoch vor, die Stellen als Dauerstellen auszuweisen, um Mitarbeiter/innen mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen gewinnen oder Beamte/innen einstellen zu können. Anderenfalls wird es – auch aufgrund der Konkurrenzsituation in diesen Bereichen - nur sehr schwer, wenn überhaupt möglich sein, die Stellen adäquat zu besetzen. Insgesamt besteht längerfristig aufgrund der Altersstruktur der städtischen Mitarbeiter/innen ein Bedarf an qualifizierten Kräften, so dass bei Bedarf ein Abbau durch Umsetzungen im Rahmen der Personalwirtschaft relativ kurzfristig erfolgen könnte.

Neben den genannten Bereichen sind auch noch viele andere Stellen im Hause mit dieser Problematik befasst. Eine Personalmehrung wird dafür derzeit nicht beantragt. Der Mehraufwand wird mit Mehrarbeit und ggf. unter Zurückstellung anderer Projekte aufgefangen. Betroffen sind davon insbesondere die Querschnittsämter.

III. Finanzierung, Raumausstattung

Für neu geschaffene Stellen müssen auch die Haushaltsmittel zusätzlich eingeplant werden. Von den Personalkosten nach KGST muss für 2017 der volle Jahresbetrag veranschlagt werden. Für 2016 kann im Durchschnitt wegen der unterjährigen Besetzung ca. von der Hälfte ausgegangen werden. Die angegebenen Eingruppierungen entsprechen einer summarischen Betrachtung. Eine analytische Bewertung der Stellen muss ggf. noch vorgenommen werden.

Neben den Personalkosten müssen auch Sachkosten, insbesondere für die Erstaussstattung der Arbeitsplätze mit Möbeln und EDV-Infrastruktur eingeplant werden. Diese Ausgaben fallen i.d.R. in 2016 an. Pro Arbeitsplatz ist von ca. 8.000 € auszugehen.

Der Personalbedarf zieht einen Bedarf an zusätzlichen Verwaltungsräumen nach sich. Der (vorzeitige) Umbau von vorhandenen Flächen zur Büronutzung ist unumgänglich.

Die Finanzierung der genannten Punkte ist in der Sitzungsvorlage der Stadt und Stiftungspflege, DS-Nr. 2015 / V 00243/1 dargestellt.

Stellenplan der Zeppelinstiftung

Zum Stellenplan der Zeppelinstiftung liegen keine Anträge vor.